

- Eingegangen -

1. 10. Okt. 2012

A-15

Bürgermeister
Lutz Urbach
Konrad Adenauer Platz 1
51427 Bergisch Gladbach

Kopie vorab an Herrn Rüdiger
el. Ka

Bergisch Gladbach, den 9. Oktober 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Urbach,

die Fraktion DIE LINKE./BfBB bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnungspunkt der Sitzung des Stadtrats am 23.10.2012 zusetzen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach tritt dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt!“ bei.
2. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wird aufgefordert sich entsprechend gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögensteuer einzusetzen.

Begründung:

Ein Gemeinwesen hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die eigenen Mittel alle relevanten Aufgaben erledigt werden können. In den letzten Jahren ist bundesweit ein Trend in Richtung Großspenden durch Privatpersonen und Stiftungen auszumachen. Ursache hierfür ist die massive Zunahme des privaten Reichtums in den Händen weniger. Durch die Steuersenkungspolitik der vergangenen Bundesregierungen hat sich gleichzeitig die Finanzsituation der Öffentlichen Haushalte dramatisch verschlechtert. Privater Reichtum und Öffentliche Armut bedingen einander. Die Einführung einer Vermögensteuer kann hier ein wichtiger Baustein zur Lösung dieser Probleme sein. Dazu hat sich ein breites Bündnis gegründet: Von Heiner Geißler über Andrea Nahles bis Sven Giegold wird die Initiative „Vermögensteuer jetzt“ (www.vermoeigensteuerjetzt.de) parteiübergreifend unterstützt. Mehrere Stadt- und Gemeinderäte und Kreistage sprechen sich für Einführung einer Vermögensteuer aus und sind dem Bündnis beigetreten. Die Stadt Bergisch Gladbach könnte durch den Beitritt ein wichtiges öffentlichkeitswirksames Signal senden und dadurch den Zusammenhang zwischen der angespannten Lage der Kommunalfinanzen einerseits und der fehlenden Besteuerung großer Vermögen andererseits verdeutlichen.

Mit freundlichen Grüßen,


Tomás M. Santillan
Fraktionsvorsitzender

Heinz Lang
Fraktionsvorsitzender

Vermögensteuer jetzt!

Die unsoziale Politik der Ausgabenkürzungen verschlechtert die öffentlichen Leistungen in Deutschland. Sie trifft Erwerbslose und Arme, Kinder, Familien und alle, die gute öffentliche Angebote brauchen.

Die Reichen werden geschont. Dabei haben sie von den staatlichen Maßnahmen zur Rettung des Finanzsystems am meisten profitiert und ebenso von den Steuersenkungen der letzten Jahre und Jahrzehnte. Der private Reichtum hat schon wieder neue Rekordstände erreicht. Das reichste Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzt etwa ein Viertel des gesamten Vermögens.

Mehr als 100 Erstunterzeichnende aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Parteien und schon über 15.000 Unterstützerinnen und Unterstützer sagen deshalb: **Wir fordern, so schnell wie möglich wieder eine Steuer auf große Vermögen in Deutschland einzuführen.**

Eine Vermögensteuer von einem Prozent auf das Nettovermögen (nach Abzug von Schulden) oberhalb eines Freibetrags von 500.000 Euro für einen Familienhaushalt würde etwa 20 Milliarden Euro im Jahr einbringen.

Vermögende werden auch mit einer Vermögensteuer ihren Konsum nicht einschränken. Die Verwendung der Einnahmen für sinnvolle öffentliche Ausgaben würde zu mehr Beschäftigung führen. Die Vermögensteuer ist deshalb wirtschaftspolitisch besonders günstig.

Die Vermögensteuer ist im Grundgesetz ausdrücklich vorgesehen. Sie fließt den Bundesländern zu, die daraus z.B. bessere Bildung und höhere Zuweisungen für die Städte und Gemeinden finanzieren können. Sie wird seit 1997 nicht mehr erhoben, weil die Regierenden und Bundestagsmehrheiten die dazu notwendige Gesetzesänderung verweigern.

Die Initiative soll einen wachsenden politischen Druck für die Einführung einer Vermögensteuer entwickeln. Auch in den kommenden Wahlkämpfen. Dazu sollen möglichst viele Unterschriften gesammelt werden. Außerdem sind Öffentlichkeitsarbeit und weitere Aktionen geplant. Also:

Mitmachen und Weitersagen!

Weitere Informationen, Unterschriftenlisten, Unterstützungsmöglichkeit:

www.vermoegensteuerjetzt.de

V.i.S.d.P.: Wolfgang Pieper, Initiative „Vermögensteuer jetzt!“, Postfach 170135, 10203 Berlin